

LEONBERGER KREISZEITUNG

Nr. 26 | 5. Woche | 78. Jahrgang | E 4504 A

Mittwoch, 2. Februar 2022

2,40 €

Bürger sind müde – Land bleibt hart

Kretschmanns Pandemiekurs büßt binnen Jahresfrist 15 Prozent Zustimmung ein. Doch der Ministerpräsident sieht keinen Anlass für Ausstiegsstrategien.

Von Bärbel Krauß und Reiner Ruf

Zu Beginn des dritten Pandemiejahres belastet Corona die Stimmung in Baden-Württemberg stark. Außerdem ist die Zufriedenheit der Bürger mit dem Krisenmanagement der von Ministerpräsident Winfried Kretschmann geführten Landesregierung binnen Jahresfrist um 15 Prozent abgestürzt. Das ist das Ergebnis des jüngsten BaWü-Checks, einer repräsentativen, von Baden-württembergischen Zeitungen getragenen Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach.

Nach mehr als zwei Jahren mit der Pandemie nehmen die Demoskopien die große Mehrheit der Bevölkerung im Land als desillusioniert und ermüdet wahr. Während im Bundesgebiet 44 Prozent der befragten Bürger zuversichtlich in die nächsten Monate blicken, sind es im Südwesten nur 38 Prozent; die Hälfte sieht mit Skepsis (30 Prozent) nach vorne. Aktuell stellen nur noch 45 Prozent der Landesregierung ein gutes Zeugnis für ihre Coronapolitik aus. Ende 2020 waren es noch sechzig Prozent. Stark gelitten hat seit vorigen Dezember das Ansehen des grünen Gesundheitsminister Manfred Lucha. 51 Prozent der Befragten sind mit ihm unzufrieden.

Im Landtag drängt der CDU-Abgeordnete Winfried Mack, wirtschaftspolitischer Spre-



Ministerpräsident Winfried Kretschmann erklärte am Dienstag in Stuttgart seine entschiedene Haltung.

Foto: dpa/Bernd Weißbrod

cher seiner Fraktion, auf einen Ausstieg aus der Politik der Coronaverordnungen. Mack sagte unserer Zeitung, „stark eingreifende Vorschriften haben ihre Berechtigung verloren, weil sie nicht mehr verhältnismäßig sind“, das sähen auch die Gerichte so. „Unter diesem Aspekt können wir weitgehend auf die Coronaverordnungen verzichten, sobald wir den Peak der Omikron-Welle überstanden haben und die Verordnungen nicht mehr zur Abwehr der kollektiven Gefahr erforderlich sind.“ Einschränkungen könnten notwendig werden, wenn sich die Lage wieder ändere. Mack wandte sich auch gegen eine Impfpflicht. Man müsse auf die Eigenverantwortung der Menschen setzen. CDU-Fraktionschef Manuel Hagel stellte Lockerungen nach Aschermittwoch in Aussicht.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann wandte sich indes am Dienstag gegen einen raschen Ausstieg aus den Coronaverordnungen. Natürlich müssten intern Pläne entwickelt werden, doch vor Ostern sehe er keinen Exit aus den Coronaverordnungen, sagte Kretschmann nach der Kabinettsitzung. Manuel Hagel, der Chef der CDU-Landtagsfraktion, denkt nicht ganz so weit in die Zukunft: „Wenn sich die pandemische Lage aufhellt, werden wir nach Aschermittwoch auch über Lockerungen und den sukzessiven Ausstieg aus der Verordnungspraxis sprechen können.“ FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke spottete: „Man muss sich an der Lage orientieren und nicht am Osterhasen.“

– Weitere Berichte **Seiten 6, 7, 23**

Hoffnung wagen



Die Bürger sind müde und verwirrt. Die Politik verweigert zu Unrecht eine Öffnungsdebatte.

Von Dieter Fuchs

Deutschland im Februar 2022 – zwei Jahre Corona stecken uns in den Knochen, die Bürger im Land sind müde und zunehmend irritiert. Das zeigt auch die jüngste Umfrage des BW-Trends. Und noch nie war die Lage so unübersichtlich. Man weiß zu wenig, um zu lockern, sagen die einen. Das Risiko ist bald beherrschbar, die anderen. Corona ist schon vorbei, die Dritten. Mir doch alles egal, die Übrigen. Die widersprüchliche bis chaotische Entscheidungslage und Kommunikation der Politik spiegelt die Lesarten. Die Nachbarländer machen auf, was den Druck zu öffnen hierzulande erhöht, auch wenn die Landesregierung das in Abrede stellt und die Verhältnisse schwer vergleichbar sind, weil Deutschlands Omikron-Welle später dran ist und viele Ältere ungeimpft sind. Fest steht nur eins: Die nächsten Wochen werden wichtig für den Zusammenhalt der Gesellschaft sein.

Omikron ist die Variante, die die Szenerie grundsätzlich verändert hat: massenhafte Ansteckungen mit deutlich leichteren Verläufen. Jeder kennt das mittlerweile: Schulklassen machen dicht, und die Kinder sitzen, wenn es gut läuft, zu Hause mit einer leichten Erkältung. Die anderen Kinder stecken sich an oder nicht, ebenso geboosterte Eltern. Das Absurde: diese müssen nicht in Quarantäne. Der Staat schätzt die Rekord-Neuinfektionen nur noch, guckt bangend auf die Krankenhäuser, wo die Lage beherrschbar bleibt. Kommt das dicke Ende noch? Oder nimmt Omikron Corona den Schrecken? Dieses Paradoxon ermöglicht die unterschiedlichsten Interpretationen.

Es wäre Zeit, ein wenig Hoffnung zu wagen. Nein, nicht die Ausrufung eines „Freiheitstages“ zum festgesetzten Datum. Gemach. Es wäre Zeit, für die Bürgerinnen und Bürger wie für die Politik, sich laut und deutlich zu fragen: Wie schaffen wir den Weg zu deutlich mehr Freiheit? Was haben wir für einen Plan in dieser Phase, um möglichst viele Bürger wieder hinter einem Banner zu versammeln? Und ja, alles kann sich auch wieder ändern. Es wäre Zeit, diese immer schon unterkomplexe, politisch gefährliche Einteilung in „Team Vorsicht“ gegen „Team Freiheit“ endlich aufzugeben und aufeinander zuzugehen.

Es gilt einerseits, in Worten und in Taten, die Ängste der einen zu mildern, die in einer Art Schockstarre nicht bereit sind, auch nur einen Schritt Richtung Öffnung zu gehen, aus Angst vor neuen Risiken und einem neuen Rückschlag. Und es gilt andererseits, die anderen zu bremsen, die am liebsten hier und heute zu ihrem alten Leben zurückkehren wollen und schon mal gucken, wo die nächste Demo stattfindet – und diejenigen in der Mitte nicht weiter zu verunsichern, die pflichtbewusst alles mittragen, aber sich immer öfter fragen, ob das wirklich alles sinnvoll ist. Wer es verdrängt hat: Jeder definiert Risiko und Lebenslust, Identität und Gemeinwohl anders, auch in der Pandemie, und Zusammenleben gelingt nur in Demut und Toleranz gegenüber dem anderen. Wir müssen raus aus dem Modus, die anderen reflexhaft als unverantwortliche oder fremdgesteuerte Idioten abzustempeln.

Deshalb ist es falsch, wenn Ministerpräsident Winfried Kretschmann einfach „Kurs halten“ ruft und sich einer Öffnungsdebatte rundheraus verweigert. Sie im Geheimen zu führen ist ein überkommener Politikstil von oben herab. Die Politik sollte Worte finden für diese Phase, in der mehr Hoffnung möglich ist, mehr Vertrauen in die Eigenverantwortung der Bürger. So kann ein vorsichtiger, öffentlicher und hoffentlich zugewandter Austausch zustande kommen, der die Menschen wieder näher zusammenbringt. Es ist Zeit, die Perspektive zu wechseln.

WACHSENDE UNZUFRIEDENHEIT

Wie bewerten Sie die Arbeit der Landesregierung in der Coronakrise
Angaben in Prozent, Bevölkerung insgesamt



Während im Bundesgebiet 44 Prozent der befragten Bürger zuversichtlich in die nächsten Monate blicken, sind es im Südwesten nur 38 Prozent; die Hälfte sieht mit Skepsis (30 Prozent) nach vorne. Aktuell stellen nur noch 45 Prozent der Landesregierung ein gutes Zeugnis für ihre Coronapolitik aus. Ende 2020 waren es noch sechzig Prozent. Stark gelitten hat seit vorigen Dezember das Ansehen des grünen Gesundheitsminister Manfred Lucha. 51 Prozent der Befragten sind mit ihm unzufrieden.

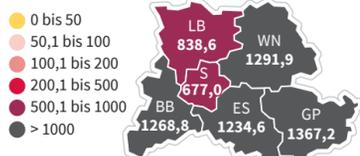
Im Landtag drängt der CDU-Abgeordnete Winfried Mack, wirtschaftspolitischer Spre-

Kritik an Impfpflicht

BERLIN. Ab Mitte März gilt für Beschäftigte in Kliniken und der Pflege die Corona-Impfpflicht. Die Kritik daran hält an, weil eine Verschärfung des Personal Mangels befürchtet wird, aber auch wegen offener Fragen bei der Umsetzung. **Seite 4**

VERBREITUNG DER INFEKTION

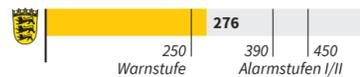
Neuinfizierte (7 Tage) in der Region je 100 000 Einwohner



Neuinfektionen (mittlerer Tageswert 25.1. – 31.1., verglichen mit der Woche davor)

158050 (+30%) **19 973** (+36%)

Covid-19-Patienten auf Intensivstation



Wetter Seite 16



Börse Seiten 12, 13

Dax 15 619,39 Punkte (+ 0,48 %)
Dow Jones 15 619,39 Punkte (+ 0,96 %)
Euro 1,1209 Dollar (Vortag: 1,126)

Ausführliches Inhaltsverzeichnis Seite 2

Polizei: Wilderei ist wohl das Mordmotiv

KAISERSLAUTERN. Im Fall der beiden erschossenen Polizisten in der Pfalz gehen die Ermittler davon aus, dass die mutmaßlichen Täter eine vorherige Wilderei verdecken wollten. Gegen die beiden 32 und 58 Jahre alten Verdächtigen erging Haftbefehl wegen Mordes, sie sind in Untersuchungshaft, wie Polizei und Staatsanwaltschaft am Dienstag auf einer Pressekonferenz mitteilten.

Am frühen Montagmorgen waren eine 24 Jahre alte Polizeianwärterin und ein 29 Jahre alter Oberkommissar bei einer Verkehrskontrolle in der Nähe der Kreisstadt Kusel erschossen worden. Die beiden Tatverdächtigen sollen als Wilderer in die Polizeikontrolle geraten sein. Wie genau die Beamten auf die beiden aufmerksam wurden, ist unklar. In dem Laderaum ihres Kastenwagens hätten sich zahlreiche getötete Wildtiere befunden, sagte Oberstaatsanwalt Stefan Orthen. **dpa** – Weitere Berichte **Seiten 7, 14**

Bauförderer KfW zeigt sich kulant

BERLIN. Tausende private Bauherren und Unternehmen können nach dem plötzlichen KfW-Förderstopp nun doch mit Geld für ihre energieeffizienten Häuser rechnen. Anträge, die vor der Notbremse am 24. Januar gestellt wurden, werden noch nach den alten Kriterien bearbeitet. Darauf einigte sich die Bundesregierung am Dienstag. Danach soll es aber einen klaren Schnitt geben. Damit gehen diejenigen Häuslebauer leer aus, die in der letzten Januarwoche noch einen Förderantrag für ein sogenanntes Effizienzhaus 55 stellen wollten. Für andere Bauvorhaben soll es neue Programme geben. Die Bundesregierung hatte das bisherige Förderprogramm für Sanierung und Neubau von energieeffizienten Häusern vorzeitig abgebrochen, weil es viel zu viele Anträge gab. Statt nach dem 31. Januar konnten schon am 24. Januar keine Anträge mehr eingereicht werden. **dpa** – Neue Bauförderung **Seite 10**

Luff



Auch Money hat fünf Buchstaben

Voller Zuneigung berichtete die „New York Times“ am 3. Januar über ein Online-Rätsel, das innerhalb von drei Monaten vom Privatvergnügen eines Programmierers zum Freizeitspaß von Hunderttausenden wurde. „Wordle ist eine Liebesgeschichte“, schrieb die „Times“, und die weltweite Leserschaft stieg massenhaft in das Spiel ein, bei dem man sechs Versuche hat, ein Wort mit fünf Buchstaben zu erraten. Die Nutzerzahl stieg auf mehrere Millionen pro Tag. Und jetzt ist Wordle auch eine Geldgeschichte: Die „New York Times“ verleibt sich die Website ein – und legt dafür Millionen von Dollar auf den Tisch. Beziehungsweise, wie sie selbst diskret vermeldet, „einen niedrigen siebenstelligen Preis“.

Wordle war bisher ein pures Vergnügen. Eine einfache, klar gegliederte Website, keine Werbung, kein Protzgebäude – ein Rätsel pro Tag, sonst nichts. Dazu farbige Lösungshilfen: ein grünes

Quadrat für einen richtigen Buchstaben am richtigen Platz, ein gelbes für einen richtigen am falschen Platz und ein graues für Buchstaben, die nicht vorkommen. Josh Wardle, ein britischer Softwareingenieur mit Wohnsitz in Brooklyn, entwarf das Spiel während des Lockdowns für seine Partnerin, die sein Faible für Worträtsel teilt. Mit einem sicheren Gefühl für den Zeitgeist fügte er jedoch eine Extravaganz hinzu: Die Spieler konnten ihre Ergebnisse, symbolisiert durch die farbigen Quadrate, in den sozialen Netzwerken posten, ohne das Lösungswort preiszugeben. Tausende trieben ihre Späße damit.

Für die „Times“ passt Wordle in die Strategie, immer mehr Segmente als Speziallabos zu verkaufen: Kochrezepte, Produkttests, Rätsel – die kostenpflichtigen Digitalangebote werden beständig ausgebaut. Auch Money hat fünf Buchstaben. Wordle soll kostenfrei bleiben, schreibt die „Times“ zwar – jedoch nur „anfangs“.

